



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de **Mail:** gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz sieht gespaltene Gesellschaft: Ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht

16.05.2023, Hannover

In Deutschland waren im Jahr 2022 gut 17,3 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das waren 20,9 % der Bevölkerung, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand von Erstergebnissen der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) mitteilt.

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen fordert alle Akteure auf, Armutsbekämpfung zu einer zentralen politischen Aufgabe zu machen.

Klaus-Dieter Gleitze von der LAK Niedersachsen betont:

*„Die Tatsache, dass der Wert gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert bleibt, ist kein Grund zur Beruhigung. 1. Es ist ein Skandal, dass in einem der reichsten Länder der Welt ein Fünftel der Bevölkerung von Armut oder Ausgrenzung bedroht ist. Und 2.: Zwar hat der Mindestlohn von 12 Euro ebenso für mehr materielle Abfederung gesorgt wie eine deutlichere Steigerung der Nominallöhne. **Real** bleibt aber gerade bei Menschen mit wenig Geld am Ende des Monats noch weniger respektive gar nichts übrig, weil die Inflation vor allem bei Lebensmitteln im zurückliegenden Zeitraum den geringen Zuwachs zunichte gemacht hat. Kein Wunder, dass immer Menschen das Angebot der Tafeln in Anspruch nehmen müssen. Das ist die Realität hinter der Statistik.*

*Bedenklich auch die folgende Entwicklung: 6,1 % der Bevölkerung oder 5,1 Millionen Menschen in Deutschland waren im Jahr 2022 von erheblicher materieller und sozialer Entbehrung betroffen. 2021 waren das 4,3 %, also eine Steigerung um fast 50 Prozent. Die Betroffenen waren zum Beispiel nicht in der Lage, ihre Rechnungen für Miete, Hypotheken oder Versorgungsleistungen zu bezahlen, eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren, abgewohnte Möbel zu ersetzen oder einmal im Monat im Freundeskreis oder mit der Familie etwas essen oder trinken zu gehen. **So sieht wachsende, millionenfache soziale Ausgrenzung in Krisenzeiten aus.**“*

Erschwerend kommt hinzu: 9,7 % der Bevölkerung unter 65 Jahren oder 6,1 Millionen Menschen in Deutschland lebten 2022 in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung.

Ein weiterer Beleg dafür, wie sehr Deutschland auf dem Gebiet Integration durch Bildung versagt. Nach wie vor ist die Frage von sozialem Aufstieg abhängig von der Geburtslotterie: Über den Aufstieg entscheidet der ökonomische Status, in den ich geboren werde. Das kann sich eine ressourcenarme Gesellschaft wie unsere in Zeiten des demographischen Wandels überhaupt nicht leisten

Diese Entwicklungen sind aus Sicht der LAK Niedersachsen demokratiegefährdend.

Menschen mit wenig Geld, vor allem in sozialen Brennpunkten, gehen entweder überhaupt nicht mehr zur Wahl, die Wahlbeteiligung dort ist um die Hälfte niedriger als in Vierteln mit überdurchschnittlichem Einkommen. Oder sie wählen dort durchgängig signifikant eher rechtspopulistische, antidemokratische Parteien, wie das Beispiel „Bürger in Wut“ in Bremerhaven zeigt: zweitstärkste Partei in einer Stadt mit einer der höchsten Armutsquoten in ganz Deutschland.

Der Name „Bürger in Wut“ spiegelt die sich abzeichnende Entwicklung wider: Wenn die Klimafolgekosten wie in der Heizungsfrage nicht sozial gerecht organisiert werden, wenn die Löhne nicht nachhaltig über der Inflation liegen und viele Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft Angst vor dem sozialen Absturz und Altersarmut haben müssen, rollt mittelfristig eine Wutlawine in ungekanntem Ausmaß mit allen politischen Konsequenzen auf uns zu.

Die LAK fordert daher nachhaltige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung wie:

- Sofortige Erhöhung der Regelsätze für Bürgergeld/Grundsicherung um 200 Euro im Monat
- Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung
- Mobilitätsticket für 9 Euro, das sich auch Arme leisten können, z. B. für die Arbeitssuche
- Einführung eines Sozialen Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose
- Erhöhung des Mindestlohns auf 14 Euro
- Strikte Regulierung prekärer Arbeitsverhältnisse
- Vermögenssteuer für Superreiche, um sie an der angemessenen Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze

Kontakt: 0160 99 50 41 61